

Legal News Energierecht

Aktuelle Informationen zu energierechtlichen Entwicklungen

Ausgabe 10, Juni 2021

Inhalt

Aktuelles	2
Referentenentwurf zu Anforderungen an „Grünen Wasserstoff“	2
Letzte Chance? Frist zur Registrierung von Bestandsanlagen im Marktstammdatenregister soll verlängert werden	2
Veranstaltungen	3
Energierecht am Nachmittag zum Thema „Maßnahmenbündel“ von BMWi und BSI zum Smart-Meter-Rollout	3
Über uns	4
Ihre Ansprechpartner	4
Bestellung und Abbestellung	4

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Referentenentwurf zu Anforderungen an „Grünen Wasserstoff“

Das Bundeskabinett hat den Referentenentwurf des BMWi zu einer Verordnung zur Umsetzung u.a. des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 (EEG 2021) beschlossen. Die Verordnung definiert die Anforderungen an „Grünen Wasserstoff“ im Anwendungsbereich der gesetzlichen Vollbefreiung von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage in § 69b EEG 2021.

Das EEG 2021 sieht in § 69b eine vollständige EEG-Umlagebefreiung für den Strom, der für die Herstellung von grünem Wasserstoff verwendet wird, vor. Die Regelung setzt jedoch voraus, dass in einer Verordnung nach § 93 EEG 2021 die Anforderungen an die Herstellung von grünem Wasserstoff festgelegt sind. Diese Anforderungen wurden nunmehr in § 12i des Entwurfes zu der Erneuerbare-Energien-Verordnung konkretisiert. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben darf zur Herstellung des Wasserstoffs nur Strom aus erneuerbaren Energien i.S.d. § 3 Nr. 21 EEG 2021 verbraucht werden, der keine Förderung (mehr) nach dem EEG oder Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz in Anspruch nimmt. Ferner muss der Strom zu mindestens 85 Prozent aus Anlagen stammen, die ihren Standort in der Preiszone für Deutschland haben. Der Nachweis der Grünstromeigenschaft des Stroms hat dabei durch Herkunftsnachweise zu erfolgen. Sofern der Strom z.B. im Falle einer Eigenversorgung nicht durch ein Netz durchgeleitet wird, ist grundsätzlich der Nachweis der Zeitgleichheit bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall zu führen.

Während in einem ersten Entwurf noch eine Begrenzung der nach § 69b EEG 2021 befreiungsfähigen Vollbenutzungsstunden (Vbh) des Elektrolyseurs auf 6.000 Vbh vorgesehen war, ist in der Kabinettsvorlage nur noch eine Privilegierung für bis zu 5.000 Vbh enthalten. Wasserstoff, der von der Einrichtung zur Herstellung von grünem Wasserstoff nach Überschreiten der festgelegten Vollbenutzungsstundenbegrenzung hergestellt wird, soll – so die Begründung zur Verordnung – nicht als grüner Wasserstoff gelten, und der Stromverbrauch zur Herstellung dieses Wasserstoffs ist nicht nach § 69b EEG 2021 von der EEG-Umlage befreit. Damit soll eine systemdienliche Fahrweise der Elektrolyseure angereizt werden, so dass diese eher dann betrieben werden, wenn die Strompreise aufgrund hoher Erneuerbare-Energien-Einspeisung gering sind. Dabei wird die Befreiung nach § 69b EEG 2021 an die Einhaltung von Meldepflichten geknüpft.

Auch die zunächst vorgesehene Festlegung von Standortkriterien für Elektrolyseure und weiterführende Anforderungen an die Systemdienlichkeit sind in der Kabinettsvorlage nicht mehr enthalten. Die Regelungen zur Definition der Anforderungen an die Herstellung von grünem Wasserstoff im Anwendungsbereich des § 69b EEG 2021 sollen jedoch unter einem beihilferechtlichen Vorbehalt stehen. Eine Befreiung von der EEG-Umlage nach § 69b EEG 2021 dürfte daher weiter zunächst nicht möglich sein.

Gerne diskutieren wir mit Ihnen die Auswirkungen der Verordnung auf Ihr Wasserstoffprojekt.

RAin Alexandra Ufer
Tel.: +49 211 981-5679
alexandra.ufer@pwc.com

Letzte Chance? Frist zur Registrierung von Bestandsanlagen im Marktstammdatenregister soll verlängert werden

Im vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf einer Verordnung zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften ist vorgesehen, dass die Frist zur Registrierung von Bestandsanlagen im Marktstammdatenregister bis zum 30. September 2021 verlängert werden soll.

Betreiber von Stromerzeugungsanlagen, die vor dem 1. Juli 2017 in Betrieb genommen wurden oder den Dauerbetrieb aufgenommen oder im Fall einer Modernisierung wiederaufgenommen haben, erhalten damit die Gelegenheit, eine gegebenenfalls versäumte Meldung noch nachzuholen. Ursprünglich war die Frist Ende Januar 2021 ausgelaufen.

Gemäß der Begründung zur Verordnungsänderung sind über einhunderttausend Einheiten und Anlagen noch nicht registriert. Im Lichte dieser Entwicklung soll die Registrierungsfrist für Bestandsanlagen daher bis zum 30. September 2021 verlängert werden. Vor dem Hintergrund, dass ein Meldeverstöß bußgeldbewährt ist, empfehlen wir daher allen Anlagenbetreibern noch einmal kritisch zu prüfen, ob alle Stromerzeugungsanlagen, wozu u.U. auch Notstromaggregate zählen, bereits registriert wurden. Andernfalls sollte dies zeitnah nachgeholt werden.

Da die einzuhaltenden energiewirtschaftlichen Melde- und Anzeigepflichten in den letzten Jahren zugenommen haben und kaum noch zu überblicken sind, unterstützen wir Sie gerne bei der Erfüllung Ihrer gesetzlichen Meldepflichten und bauen mit Ihnen Ihr energierechtliches Compliance-System auf.

Veranstaltungen

RA Henning Winkelmann
Tel.: +49 511 5357 5142
henning.winkelmann
@pwc.com

RA Jens Ebbinghaus
Tel.: +49 521 96497-544
jens.ebbinghaus@pwc.com

Energierrecht am Nachmittag zum Thema „Maßnahmenbündel“ von BMWi und BSI zum Smart-Meter-Rollout

Nach dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vom 4. März 2021 zum Smart-Meter-Rollout sind die konkreten Rechtsfolgen für die gesamte Branche noch nicht klar. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) hat in den letzten Wochen in Abstimmung mit diversen Akteuren Lösungsvorschläge ein Maßnahmenbündel erarbeitet.

Obschon auch das BMWi der Ansicht ist, dass der Beschluss unmittelbar nur im Verhältnis zu den Klägern wirkt und obwohl eine Hauptsacheentscheidung noch nicht getroffen wurde, besteht in der Branche wohl einhellig das Bedürfnis nach einer Reaktion. Diese soll nun das mit verschiedenen Akteuren der Digitalisierung der Energiewende erarbeitete Maßnahmenbündel bringen. Unter anderem sollen vor der Sommerpause im Rahmen der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) Änderungen am Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) vorgenommen werden. Daneben werden weitere Anpassungen z. B. im Zusammenhang mit der Zertifizierung und den Verwaltungsverfahren erfolgen.

Nächste Folge Energierrecht am Nachmittag am 24.Juni 2021 um 15 Uhr

Wir möchten mit Ihnen diskutieren, wie dies zur Sicherung des weiteren Fortgangs der Digitalisierung der Energiewende beitragen kann. Können die Interessen an Rechtssicherheit und Beschleunigung der Digitalisierung der Energiewende gewahrt werden? Wie beurteilen Sie als Akteure aus der Praxis die angestrebten Änderungen?

Das Format Energierrecht am Nachmittag haben wir vor dem Hintergrund der stetigen Veränderungen im Energierrecht entwickelt. Um die fortlaufend neuen Rechtsfragen mit Ihnen zu besprechen dient unsere kostenlose virtuelle Kurzveranstaltungsreihe. Lassen Sie sich informieren und treten Sie in den Austausch mit Experten von PwC und mit anderen Vertretern aus der Energiewirtschaft.

Wir laden Sie herzlich ein zu unserer nächsten Veranstaltung am

Donnerstag, den 24. Juni 2021 von 15:00 bis 16:00 Uhr.

Bitte beachten Sie auch die Einladung im Anhang zu diesem Newsletter.

Anmeldungen nimmt Frau Daniela Spies unter daniela.spies@pwc.com entgegen.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Peter Mussaeus

Tel.: +49 211 981-4930

peter.mussaeus@pwc.com

Michael H. Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter Legal News Energierecht bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Bestellung" an: subscribe_News_Energierecht@de.pwc.com.

Wenn Sie den PDF-Newsletter Legal News Energierecht abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Abbestellung" an: unsubscribe_News_Energierecht@de.pwc.com.

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Juni 2021 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft..

www.pwc.de